

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/6607

A12

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Ministerin



Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

15 März 2022
Seite 1 von 1

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Oliver Keymis MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Aktenzeichen:
K
bei Antwort bitte angeben

Isabel Pfeiffer-Poensgen

Berichtswunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Künstlerinnen, Künstler und Medienschaffende sowie Kultur- und Medieneinrichtungen zu unterstützen, die vom Krieg in der Ukraine existenziell bedroht sind?

Bericht der Landesregierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zum o. g. Thema einen aktuellen Sachstand erbeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Ich bitte Sie, den Bericht an die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Isabel Pfeiffer-Poensgen

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4106
Telefax 0211 896-4555
poststelle@mkw.nrw.de
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)

Anlage

Schriftlicher Bericht der Landesregierung zu dem Thema „Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Künstlerinnen, Künstler und Medienschaffende sowie Kultur- und Medieneinrichtungen zu unterstützen, die vom Krieg in der Ukraine existenziell bedroht sind?“ für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 17. März 2022

Ausführungen MKW

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine tötet Menschen und verbreitet unendliches Leid. Der Krieg richtet sich auch gegen die gemeinsame europäische Kultur und gegen unsere gemeinsamen Werte. Die Landesregierung will den infolge des Krieges geflüchteten Künstlerinnen und Künstlern aus der Ukraine schnell und unbürokratisch helfen, um ihnen Sicherheit zu bieten und die Gelegenheit zu geben, weiter künstlerisch arbeiten zu können. Sie unterstützt daher den Kulturrat NRW bei seiner Aktion „Kultur hilft Kultur“, mit der Wohn- und Arbeitsräume, Auftrittsmöglichkeiten, künstlerische Kooperationen oder Ausbildungsmöglichkeiten vermittelt werden sollen. Die Landesregierung stellt dem Kulturrat NRW dafür in einem ersten Schritt eine Soforthilfe von 100.000 Euro zur Verfügung, um diese Hilfsmaßnahmen für aus der Ukraine geflüchtete Künstlerinnen und Künstler und deren Familien zu ermöglichen.

Der Kulturrat verfügt mit seinen über 70 Verbänden über ein ausgezeichnetes Netzwerk. Auf diese Weise können Nöte und Bedarfe schnell ermittelt werden. Er sorgt dafür, dass geflüchtete Künstlerinnen und Künstler und ihre Familien – viele Männer sind im Lande geblieben – in das Kulturleben von Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden – einschließlich Unterkunft – und auch Arbeitsmöglichkeiten finden. Der Kulturrat will sie mit Kulturschaffenden in Verbindung bringen, mit kulturellen Einrichtungen und insgesamt mit Menschen, die der Kunst nahestehen.

Im Fokus sind praktische Maßnahmen wie etwa eine Matching-Plattform auf der Homepage des Kulturrats, auf der Hilfsangebote und Hilfesuche eingestellt und sichtbar gemacht werden. Außerdem bringt er Maßnahmen auf den Weg, die Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit erschließen sollen, aufzutreten. Folgende Formen der Unterstützung sollen entwickelt werden:

- Vermittlung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten
- Vermittlung honorierter Auftritte oder einer Mitwirkung in Produktionen
- Kooperationen mit ukrainischen Künstlergruppen
- Vermittlung von Ressourcen, die für künstlerische Arbeit notwendig sind
- Künstlerinnen und Künstler aus NRW gehen Partnerschaften mit einzelnen Geflüchteten ein und begleiten diese in das nordrhein-westfälische Kulturleben.
- Einbeziehung der pädagogischen Kompetenzen von Geflüchteten in die eigene Arbeit gegen Honorar
- technische oder logistische Unterstützung durch ukrainische Kulturakteure gegen Honorar

- Bereitstellung von Arbeitsplätzen und ggf. Ausbildungsplätzen für ukrainische Kulturakteure und Übersetzerinnen und Übersetzer

Die Kulturabteilung des MKW führt regelmäßige Abstimmungsgespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden durch. Es geht darum zu klären, wie die Situation vor Ort ist, damit Hilfen gezielt eingesetzt werden können. Außerdem besteht ein regelmäßiger Austausch mit der BKM.

Das MKW plant weitere Maßnahmen, die z.T. gemeinsam mit dem Kulturrat bzw. einzelnen seiner Verbände durchgeführt werden, z.B.:

- Abfrage bei den Verbänden, bei den Kommunal-, Landes- und Rundfunkorchestern sowie den Theatern einschließlich der Freien Szene, welche Ukraine-Kontakte bestehen, sowie bei Städten mit ukrainischen Städtepartnerschaften.
- Aufnahme möglicher Programme ukrainischer Ensembles und /oder Musikerinnen und Musiker sowie Künstlerinnen und Künstler anderer Sparten im Rahmen der internationalen Kulturförderung oder anderer Förderprogramme.
- Abfrage bei Kultureinrichtungen, ob dort räumlich/organisatorisch Residenzen möglich wären

Die Kulturministerkonferenz, deren Vorsitz Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen derzeit innehat, veröffentlichte im Rahmen ihrer Zusammenkunft am 9. März 2022 gemeinsam mit der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt sowie den kommunalen Spitzenverbänden eine eigene Erklärung, die im Anhang beigefügt ist.

Ausführungen Staatskanzlei

Die Landesregierung beobachtet mit großer Sorge, dass Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine wegen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges nur noch unter Inkaufnahme von lebensgefährlichen Risiken arbeiten können. Die Reporter ohne Grenzen und andere Quellen berichten, dass Journalisten getötet, verwundet und beschossen werden. Die Landesregierung verurteilt dies und fordert die russische Regierung dazu auf, die Freiheit der unabhängigen Berichterstattung zu respektieren und Journalistinnen und Journalisten zu schützen.

Leider zeigt die russische Regierung nicht nur in der Ukraine, sondern auch mit ihrem neuen Zensurgesetz in Russland, dass dazu keine Bereitschaft besteht. Ganz im Gegenteil sind die jüngsten Regierungsmaßnahmen gegen die freien Medien im eigenen Land ein offener und eklatanter Bruch von international geltenden Standards, auf die sich auch Russland verpflichtet hat. Dass viele ausländische Medienorganisationen und Journalistinnen und Journalisten sich unter diesen Rahmenbedingungen eine unabhängige und sichere Berichterstattung aus Russland nicht für möglich halten und daher mindestens vorübergehend das Land verlassen, ist nachvollziehbar.

Die Staatskanzlei ist mit dem DJV NRW im Austausch, um gemeinsam zu prüfen, wie ggfls. Journalistinnen und Journalisten perspektivisch unterstützt werden können, die in Nordrhein-Westfalen Zuflucht suchen und arbeiten wollen. Derzeit lassen sich konkrete Bedarfe und mögliche Formen der Hilfestellung noch nicht abschätzen.

Die Landesregierung begrüßt die Ankündigung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, bestehende Schutzprogramme für Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Journalistinnen und Journalisten auszubauen und eine Soforthilfe bereitzustellen.

Auch die Initiative der deutschen Filmförderungen, sich mit 100.000 Euro am Notfallfonds „Emergency Fund for Filmmakers from Ukraine“ zu beteiligen, wird von der Landesregierung befürwortet. Die Film- und Medienstiftung NRW ist hieran mit 10.000 Euro beteiligt. Die European Film Academy koordiniert alle Maßnahmen und steht hierzu in engem Kontakt mit ihren ukrainischen Mitgliedern.

Der WDR wurde für diesen Bericht um Informationen zum Umgang der Rundfunkanstalt mit der aktuellen Situation in der Ukraine und in Russland gebeten. Sie werden hier wiedergegeben:

„Der WDR ist innerhalb der ARD für das Studio Moskau und damit für die Berichtsbereiche Russland und Ukraine zuständig. Mit Beginn des Krieges ist er daher im besonderen Maße gefordert. Zum einen übernimmt der WDR innerhalb der ARD die Sonderberichterstattung im Fernsehen und Hörfunk. Er ist damit u.a. redaktionell verantwortlich für die „Brennpunkte“ im Ersten und für die Belieferung aller Hörfunk-Wellen der Landesrundfunkanstalten mit Berichten und Schalten zum Krieg in der Ukraine. Zusätzlich wird auf allen linearen und digitalen Kanälen des WDR breit über den Krieg Russlands gegen die Ukraine berichtet. Darüber hinaus liefert phoenix nicht nur - teils rund um die Uhr - umfassende (Live-)Berichterstattung, sondern auch vertiefende Expertengespräche mit Einschätzungen zur aktuellen Lage und zu den Hintergründen des Krieges sowie Dokumentationen, die die Akteur:innen und die Geschichte der beteiligten Länder beleuchten.“

In Russland und der Ukraine steht für den WDR der Schutz seiner Mitarbeiter:innen und die Aufrechterhaltung der Berichterstattung im Vordergrund. In der Ukraine ging es nach Kriegsbeginn zunächst darum, die dort tätigen Kolleg:innen in Sicherheit und damit zunächst außer Landes zu bringen. Parallel wurden zwei neue Teams in die Ukraine entsandt, die mit der entsprechenden Sicherheitsunterstützung und -ausrüstung Live-Berichterstattung aus dem Land gewährleisten. In Russland musste das ARD-Studio Moskau am Wochenende seine Berichterstattung vorerst aussetzen. Grund ist ein am vergangenen Freitag (*Hinweis: gemeint ist der 4.3.2022*) erlassenes Medien-Gesetz, das „falsche Informationen“ aus Sicht der russischen Regierung über den Krieg in der Ukraine unter Strafe stellt. Das Gesetz gilt auch für die ausländischen Korrespondent:innen und stellt einen gravierenden Eingriff in die Freiheit der Berichterstattung dar. Alle großen Rundfunkanstalten und Verlage (u.a. BBC, CNN, ZDF) haben wie die ARD die Berichterstattung nun vorübergehend eingestellt und prüfen die neue rechtliche Situation.

Trotz dieser Einschränkung der Berichterstattung in Moskau wird die ARD von ihren anderen Standorten aus weiterhin das Publikum umfassend über das Geschehen in Russland und der Ukraine informieren. Unter anderem berichtet das Studio Warschau umfangreich über große Fluchtbewegung aus der Ukraine Richtung Westen und die mit ihr verbundenen Schicksale der betroffenen Menschen. Gegenstand der Berichterstattung von WDR und ARD ist auch die Situation der Medienschaffenden in der Ukraine und Russland. So war beispielsweise der Chefredakteur des letzten Kreml-kritischen TV-Senders „Doschd TV“, Tichon Dsjadko, nach seiner Flucht aus Russland als Schaltgast in den ARD tagesthemen.

Im WDR befasst sich ein Krisenstab rund um die Uhr mit der Situation in Russland und der Ukraine und ihren Folgen für die dort tätigen Kolleg:innen. Dabei kümmert er sich nicht nur um die aus Deutschland entsandten Korrespondent:innen und Reporter:innen sondern auch um die zahlreichen Ortskräfte im Studio Moskau, denen die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Russland auch große persönliche Sorgen bereitet. Ein vom Krisenstab beauftragter Notfallstab koordiniert zudem die Reporter-Einsätze in der Ukraine und trifft die dafür nötigen Sicherheitsmaßnahmen.“



KULTUSMINISTER KONFERENZ

Kultur-MK

Ukraine-Erklärung

der Kulturministerinnen, -minister und -senatoren der Länder, der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt sowie der kommunalen Spitzenverbände

Die Kulturministerinnen, -minister und -senatoren der Länder, die Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, die Staatsministerin im Auswärtigen Amt sowie die kommunalen Spitzenverbände verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff und Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Beteiligung von Belarus. Dieser barbarische Akt tötet Menschen und verbreitet unendliches Leid. Er richtet sich auch gegen die gemeinsame europäische Kultur, zu der der seit vielen Jahrzehnten gepflegte Austausch und die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern aus der Ukraine, Russland, Belarus und vielen weiteren Staaten gehört. Er zerstört Zeugnisse der gemeinsamen europäischen Kulturgeschichte und des kulturellen Erbes.

Kunst und Kultur sind unverzichtbar für unabhängige Demokratien. Sie stehen auf der Seite von Frieden und Freiheit. Wir begrüßen, dass deutsche Kultureinrichtungen, Kultur- und Medienschaffende, Künstlerinnen und Künstler und zivilgesellschaftliche Institutionen in den vergangenen zwei Wochen mit einer Vielzahl von Aktionen Zeichen der Solidarität für die Ukraine gesetzt und konkrete Hilfe geleistet haben.

Wir wollen den infolge des Krieges geflüchteten Künstlerinnen und Künstlern schnell und unbürokratisch helfen, um ihnen Sicherheit zu bieten und die Gelegenheit zu geben, künstlerisch zu arbeiten. Wir unterstützen lokale Initiativen etwa auf der Ebene der zahlreichen Städtepartnerschaften oder auch die Aktivitäten der Kulturstiftungen und zivilgesellschaftlicher Institutionen.

Wir unterstützen die gemeinsame Erklärung der europäischen Kulturministerinnen und -minister vom 7. März 2022. Gemeinsam mit der Bundesregierung werben sie für europäische Unterstützungsmaßnahmen – insbesondere im Rahmen von Creative Europe – zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern und Medienschaffenden.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Taubenstraße 10 · 10117 Berlin
Postfach 11 03 42 · 10833 Berlin
Tel.: 030 25418-499

Graurheindorfer Straße 157 · 53117 Bonn
Postfach 22 40 · 53012 Bonn
Tel.: 0228 501-0

Wir setzen uns in der Tradition eines intensiven interkulturellen Austauschs mit der Ukraine im Sinne der Völkerverständigung dafür ein, dem ukrainischen Volk sowie ukrainischen Künstlerinnen und Künstlern und Kultureinrichtungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Der jahrzehntelange Kulturaustausch mit der Ukraine, mit ukrainischen Künstlerinnen und Künstlern, aber auch die Zusammenarbeit mit mutigen russischen Künstlerinnen und Künstlern, von denen sich viele gegen das Putin-Regime stellen, muss fortgesetzt werden. Gerade jetzt braucht es den kulturbasierten zivilgesellschaftlichen Austausch.

Zugleich sprechen wir uns für eine klare Haltung gegenüber der russischen Führung aus. Deshalb empfehlen wir den Kultureinrichtungen, bestehende Kooperationen mit staatlichen russischen Einrichtungen zu prüfen und wo es angezeigt ist, diese auszusetzen.

Wir wenden uns gegen Tendenzen eines Boykotts russischer Kunst und Kultur oder einen Generalverdacht gegenüber russischen Künstlerinnen und Künstlern und auch allgemein gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus Russland stammen. Wir setzen uns für den Schutz der in der Ukraine liegenden sieben UNESCO-Welterbestätten und der Museen, Archive und Bibliotheken sowie zahlreicher historischer Sakralbauten ein, die für die Menschheit erhalten werden müssen, insbesondere auch der Gedenkstätte Babyn Jar.

Lübeck, den 09.03.2022